

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.  
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.  
**Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 22. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Die bisherigen außerordentlichen Professoren Dr. Hermann Albers und Dr. Otto Weber in Bonn zu ordentlichen Professoren in der medizinischen Fakultät der dortigen Universität zu ernennen; ferner dem ordentlichen Professor der Rechte an der Universität zu Halle, Geheimen Justizrat Dr. Witte, die Erlaubnis zur Anlegung der ihm verliehenen Orden, nämlich des Komthurkreuzes zweiter Klasse des Königlich Sachsischen Albrechts-Ordens und des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich Anhaltischen Gesamthauses. Ordens Albrechts des Bären zu ertheilen.

Der bisherige Königlich Dänische General-Konsul B. Lork in Königsberg ist auf sein Gejuch entlassen und dafür der bisherige Vice-Konsul J. Th. Lork zum Königlich Dänischen Konsul daselbst ernannt worden.

Der Sanitäts-Rath Dr. Rüther zu Hoerter ist zum Kreis-Physikus des Kreises Hoerter ernannt worden.

An der Realchule zu Halberstadt ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Robert Richter als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Abgesehen: Se. Excellenz der Ober-Rükkenmeister, Wirkliche Geheime Rath und Kammerherr Graf von Königsmarck, nach Plaue.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Freitag 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Einführung von Geschwornengerichten für Preßsachen vor einer allgemeinen Einführung von Geschwornengerichten mit 90 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Eine aus Konstantinopel vom gestrigen Tage eingetroffene Depesche meldet aus Athen vom 18. d., daß in Athen und in den Provinzen Ruhe herrsche und der Aufstand nur auf die Stadt Nauplia beschränkt geblieben sei. General Hahn, der gegen die, wie es heißt, uneinigen Rebellen marschierte, soll sich bereits in Argos befunden haben. Kolokotronis hatte Mili an der westlichen Seite der Bucht besetzt. Die Stimmung in der Armee war befriedigt.

Triest, Freitag 21. Febr. Heute sind die bayrischen Prinzen von Korfu wieder hierher zurückgekehrt. — Mit der Levantepost eingetroffene Nachrichten melden aus Athen vom 15., daß die durch einen aufgesangenen Brief verrathene Verschwörung vor der Zeit zum Ausbruch gekommen sei. Am Anfang empörte sich bloß die Besatzung der Stadt Nauplia und wurde von der Festung beschossen; letztere machte erst später, von dem falschen Gerüchte verleitet, daß der König abgedankt habe, gemeinsame Sache.

München, Freitag 21. Febr. Die „Münchener Zeitung“ enthält eine offizielle Depesche aus Athen vom 18. d., nach welcher das Land und die gegen die Rebellen geschickten Truppen vom besten Geiste beseelt seien. Letztere hätten die Rebellen außerhalb Nauplia geschlagen; die noch in Nauplia befindlichen zum Widerstande verführten Soldaten wären bereits größtentheils entmuthigt.

London, Freitag 21. Febr. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,129,510, der Metallvorrath 15,894,405 Pfld. St.

Kopenhagen, Freitag 21. Febr. „Berlingske Tidende“ erklärt, daß bis gestern keine österreichische und keine preußische Note übergeben worden sei. — Der Reichsrath hat die Vorlage über Verfassungsänderungen angenommen.

(Eingeg. 22. Februar 9 Uhr Vormittags.)

## Zur Situation.

Niemand kann es aufrichtiger wünschen, als wir, daß dem neuen Erzbischof von Warschau die ihm gewordene große und erhabene Mission in vollstem Umfange gelingen möge, daß er glücklich das Ziel erreiche, das er sich vorgestellt zu haben scheint: den öffentlichen Frieden in dem Königreich Polen wiederherzustellen, die aufgeregt Gemüther zu beruhigen, das Vertrauen zwischen Regierung und Volk wiederherzustellen, den katholischen Clerus auf seine Pflichten zurückzuführen, Religion und Kirche in ihre heiligen Rechte wieder einzufügen. Ist es doch von jeher als der idealste Beruf des Priesters erkannt worden, die öffentliche Erfinnung in den Massen zu pflegen, die Unruhe des Herzens zu stillen, und die Leidenschaften in harmonischen Einklang zu bringen. Einen häßlicheren Anblick hat es dagegen niemals gegeben, als einen Priester, der, unter dem vorgeblichen Impulse seiner Pflichten gegen das Vaterland, in Wirklichkeit aber nur von dem Kitzel eines schlechten politischen Ehrgeizes getrieben, sich berufen fühlt, den Sinn für die bestehende öffentliche Ordnung und mit ihm allen moralischen Halt in den Massen zu untergraben, und Nichts zu predigen, als die Lehren des Hasses, der Feindschaft und des Kampfes.

Wenn wiederholt auf Seiten der polnischen Publizistik die Behauptung aufgestellt worden ist, man habe in Preußen ein Interesse daran, daß es zwischen der russischen Regierung und ihren polnischen Unterthanen nicht zum Frieden komme, so ist das eine der sinnlossten Verleumdungen, die je gehört worden sind. Es wird dabei eine Verfolgungsjagd gegen die Polen und ein mephistophelisches Vergnügen an polnischer Selbstvernichtung auf deutscher Seite vorausgesetzt, zu deren Annahme die preußischen Behörden und die Deutschen überhaupt in ihrem bisherigen Verhalten wahrschließlich keine Veranlassung gegeben haben. Ist doch die ganze nationale Bewegung, im Königreich drüber ebenso wie hier, rein vom

zaune gebrochen worden, und sind es die Polen doch gewesen, welche den Angriff gegen das deutsche Wesen eröffnet haben. Das geschah ohne die geringste Provocation von der Gegenpartei, ohne jeden Schein einer Ursache, zu einer Zeit, als ein liberales Ministerium in Preußen den besten Willen zeigte, den polnischen Unterthanen den Nutzen der freisinnigen Institutionen des Landes ungeschmälert anheimzugeben, und damit anfang, ihnen Koncessions zu machen. Seitdem ist über Jahr und Tag vergangen. Neben Jahr und Tag dauern bereits die Wirren des Sprachenstreits, die Agitationen des Clerus, die Provokationen der polnischen Presse und Broschürenliteratur, die nationalen Demonstrationen nach allen möglichen Richtungen hin, selten innerhalb der gesetzlichen Schranken bleibend, meist den Staatsverband und die Grundlagen der öffentlichen Ordnung auf Unmittelbarste angreifend. Und welche Mittel sind bisher diesem Treiben entgegengestellt worden?

Die gewöhnlichsten legalen Mittel der reinen Defense! Es wäre ein Leichtes gewesen, dem Sprachenstreit im Wege der Gesetzgebung durch die Etablierung neuer Regeln ein Ende zu machen, wie sie der gegenwärtigen Bedeutung der deutschen Elemente in der Provinz am entsprechendsten und der Germanisation am günstigsten gewesen wären. Man hätte ohne Gefahr zu Ausnahmemaßregeln gegen eine zuchtlose Geistlichkeit greifen können, welche die Kanzel zur Tribune des Demagogen herabwürdigte. Man hätte die gegen das Gesetz verstörenden Aufzüge, Kreuzeserrichtungen und Demonstrationen unterdrücken können, wie man sie in Warschau unterdrückt hat. Von alledem geschah Nichts. Man begnügte sich mit dem Schutz der gegen diesen Guerillakrieg ungereichenden gemeinen Strafgesetze, mit den veralteten, unpassenden, gesetzlichen Bestimmungen über die Sprachenfrage, und versuchte durch die Gerichtshöfe allein in dem schwierigen Gange des gewöhnlichen Gerichtsverfahrens die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wer am meisten in diesem ungleichen Kampfe ermüdet und erschöpft werden mußte, das waren sicherlich nicht die Polen, sondern ihre Gegner. Und das Bedürfnis eines endlichen Wiedereintretens normaler, ruhiger und geordneter Zustände in der Provinz ist nirgends lebhafter, als auf Seiten gerade der preußischen Behörden, von denen die Polen sich vorzüglich verfolgt wähnen.

In der That, könnte jene obige Verleumdung etwas dazu beitragen, die Polen im Königreich zum Frieden mit der russischen Regierung zu bestimmen, wie sie als Argument dafür gebraucht werden ist: wir würden sie uns gern gefallen lassen, denn wir sind überzeugt, daß, wenn erst dort die Polen das Gebiet der bloßen Negation und Opposition verlassen, wenn sie sich abzufinden suchen mit dem zunächst Erreichbaren, die nüchterne Erkenntnis ihrer Stellung, ihrer Rechte und Pflichten gegen die Regierung, ihrer Vergangenheit und ihrer Aussichten für die Zukunft sich unter ihnen auch in Preußen Bahn brechen wird. Man geht aber niemals so weit, als wenn man nicht weiß, wohin man eigentlich geht.

## Deutschland.

**Preußen.** AD Berlin, 21. Februar. [Die Anerkennung Italiens; großdeutsche Unterhandlungen und Mecklenburg; Besinden des Staatsministers v. Auerswald.] Die Frage wegen Anerkennung des Königreichs Italien von Seiten Preußens schwiebt noch immer im Stadium der Ungewissheit, und man darf alle Mitteilungen, welche die Sache bereits als ein „vollendetes Ereigniß“ verkünden, in das Gebiet der Erfindungen verweisen. Nur soviel steht fest, daß die Ansicht des Grafen Bernstorff ganz entschieden der Anerkennung günstig ist und daß dieselbe jetzt im Schoohe des Staatsministeriums seinem Widerspruch begegnet. Dagegen scheinen in der höchsten Region, wo die maßgebende Entscheidung einzuholen ist, noch nicht alle Bedenken überwunden zu sein. Natürlich werden gegenwärtig von den Freunden wie von den Gegnern der italienischen Sache alle Mittel aufgeboten, um die Beschlußnahme der Regierung nach der einen oder der anderen Richtung zu lenken. Während Ostreich und seine Anhänger versichern, daß eine Kundgebung Preußens zu Gunsten Italiens die Annexionslust des Turtiner Hoses ermutigen und den Krieg auf der Halbinsel von Neapel entzünden werde, hebt man von der anderen Seite hervor, Preußen müsse sich in ein innigeres Vertrauens-Verhältniß zu Italien setzen, um für die Zügelung der dortigen Agitation wirken zu können. Man glaubt in unterrichteten Kreisen, daß der Ansicht des Grafen Bernstorff der Sieg gesichert ist, wenn sich auch einstweilen noch nicht Tag und Stunde bestimmten lassen, wann der Akt der Anerkennung Italiens erfolgen wird.

Wischen dem Wiener Kabinett und den Würzburger Verbündeten soll ein lebhafter Gedanken-Austausch stattfinden; doch hat man hier keine nähere Kenntnis von dem Inhalte und Zweck des selben. Bald ist von handelspolitischen Verhandlungen, bald von einem sogenannten Garantievertrag die Rede. Man kann sich allerdings kaum denken, welchen Vortheil Ostreich sich von einer Garantie versprechen kann, die von vornherein Preußen in eine feindliche Stellung bringt. Wahrscheinlicher ist, daß die Koalition sich über den Entwurf einer Bundesreform zu verständigen suchen, um die Kritik des Grafen Bernstorff in Betreff der Unbestimmtheit ihrer Vorschläge zu entwaffnen. Das Gerücht, daß Mecklenburg sich der großdeutschen Kundgebung angeschlossen habe, ist falsch. Mecklenburg hat nicht allein seine Mitwirkung versagt, sondern auch ausdrücklich eine negative Haltung zu den großdeutschen Reformvorschlägen angenommen. — Die Genehmigung des Staatsministers v. Auerswald schreitet regelmäßig vor. Die rheumatisch-gichtische Affektion ist fast ganz gewichen und die Kräfte haben sich soweit

gehoben, daß Herr v. Auerswald bereits wieder Besuche empfängt und bei günstigem Wetter ausfahren darf.

[**Berlin, 21. Februar.**] [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König nahm heute Vormittag die Vorträge des interministeriellen Polizeipräsidienten v. Winter, des Chefs des Militärkabinetts v. Mantoussu, des Generalintendanten v. Hülsen des Hausministers v. Schleinitz u. entgegen und ertheilte alsdann einige Audienzen. Nachmittags konferierte der König mit dem Handelsminister v. d. Heydt. — Der Kronprinz begab sich heute Morgen 8 Uhr nach Potsdam. Vor der Absfahrt hatte er im Warz Zimmer noch eine längere Unterredung mit dem Leibarzte Dr. Wegner, der sich bekanntlich in der Begleitung der Frau Kronprinzessin auf der Reise nach London befunden hatte und heute Morgen von dort hierher zurückgekehrt war. Wie ich höre, geht Herr Wegner in einigen Wochen wieder nach London, um auch auf der Rückreise in der Nähe der Frau Kronprinzessin zu sein. Der Kronprinz hat heute Vormittag in Potsdam eine Rekrutenbesichtigung abgehalten. Nachmittags dinierte er mit dem Offizierkorps des 1. Garderegiments im Kasino und lebte um 8 Uhr Abends hierher zurück. — Der Minister des Innern, Graf Schwerin, wohnte heute im Herrenhause der Sitzung der Kommission für das Gemeindewesen bei. — Bei dem Minister Grafen Bernstorff ist heute Abend 9 Uhr wieder ein Ballfest. Ob der Hof erscheinen wird, steht noch nicht fest; die Präfekturen wollten die Soirée des Domhofs in der Singakademie besuchen. — In letzter Zeit haben wiederholt Verhandlungen in Betreff des französischen Handelsvertrages stattgefunden und es wird jetzt mit Bestimmtheit behauptet, daß der Abschluß nahe sei. — Der Kommunallandtag für die Kurmark hat heute nach einer fünfmonatlichen Session seine Schlussitzung gehalten. In derselben wurde der bisherige General-Feuer-Sozialitätsdirektor, Graf Häuser, auf neue sechs Jahre wiedergewählt, und an Stelle des verstorbenen dritten Landarmen-Direktors Stämmler ist der Bürgermeister Friedrich zu Wittstock getreten. Wie es heißt, wird der König die Direktoren empfangen, bevor sie auseinandergehen. Direktor der Hülfeklasse ist der Oberstskammerherr Graf Neder. — In dem vom Vorstande der St. Hedwigkirche gekauften Hause in der Niederwallstraße versammeln sich alle hiesigen katholischen Vereine und halten darin auch ihre Festlichkeiten ab, die von den Fürsten Radziwill und anderen hochgestellten Personen besucht werden. Da das Haus, früher ein öffentliches Vergnügungslatal, in seinen Räumlichkeiten den Anforderungen nicht mehr ganz entspricht, so beabsichtigt man, einen Erweiterungsbau vorzunehmen. — Die neueste Schrift des Professors v. Holzhendorff: „Der Brüderorden des Rauen Hauses und sein Wirken in den Strafanstalten“, ist nach wenigen Wochen bereits in der zweiten Auflage erschienen.

[**Die badische Depesche in der deutschen Frage.**] Die Depesche der badischen Regierung vom 28. Jan. d. J. an ihren Gesandten in Berlin, Frhrn. v. Marschall, in der deutschen Frage, deren Inhalt wir bereits wiederholt erwähnt haben, ist jetzt dem vollständigen Wortlaut nach erschienen. Das Aktenstück ist von grossem Umfang. Wir beschränken uns auf das Wesentliche. Die Depesche sagt unter Anderem:

„Die großherzogliche Regierung glaubt nicht nur das thätsächliche Vorhandensein einer großen nationalen Bewegung als feststehend betrachten, sondern auch die vielfache stiftliche wie geschichtliche Begründetheit und Berechtigung als eine bereits zugegebene Wahrheit voraussehen zu können. Die bloße Fortdauer des herrschenden Missbehagens und des Zweifels an der ausreichenden Kraft unserer Institutionen droht die besten Elemente des deutschen Volkscharters zu verderben. Deutschland läuft dadurch Gefahr, mit den Entbehrungen der Gegenwart zugleich die Bedingungen einer besseren Zukunft zu verlieren. Sogar die Bundesverfassung, vermittelst der im Jahre 1815 ein Vergleich hergestellt werden sollte, zwischen den widerstreitenden Souveränitätsansprüchen des alten Gesamtreiches und den neuen Einzelstaaten, hatte von Anfang an nichts beapruft, als eine provisorische Geltung und eine fortentwickelbare Bedeutung, und sie ist denn auch nach ihrer formellen Aufhebung im Jahre 1848, wie uns scheint, nur mit zweifelhaftem Rechte und jedenfalls im Bewußtsein, sowohl der Regierungen, als der Nation, nur als ein abermaliges Proprium wiederhergestellt worden. Nichts erscheint demnach als natürgemäßer — ja, nichts liegt von dem gefundenen Leben und Gewissen der Nation ein erfreulicheres Zeugnis ab, als die gegenwärtige der Fortdauer jenes Provisoriums überdrüssige deutsche Bewegung. Es handelt sich darum, ob der Kontinent die wichtigsten politischen Fragen, die ihn bewegen, immer verlagen soll, weil das große Volk in seiner Mitte, das den Schwerpunkt seiner Geschichte zu bilden berufen ist, sich nicht definitiv zu konstituieren vermag, und statt zum Horte seiner natürlichen Freiheiten, vielmehr zum Gegner ihrer Entwicklung geworden ist.“

Nachdem hierauf eine Kritik des Deutschen Vorschläge gegeben ist, fährt die Depesche fort: „Wir suchen vergeblich bisher nach einem Vorschlage, welcher für die Gemeinamkeit gröbere politische Erfolge verspricht, als die Idee eines engeren Bundes im forterhaltenen Größenverbande, wie sie im Besitzlichen Hr. Graf v. Bernstorff in seiner Beurtheilung des Entwurfs des Frhrn. v. Beutl gleichfalls angenommen hat. Es ist unsere, durch die bestimmtste Förderung unserer Bevölkerung geführte und in unsern heiligsten Pflichten wohlgegrundete Ansicht, daß die herzustellende Bundesseinheit keine ausköhlliche und unbedingte, sondern eine solche sei, innerhalb deren auf dem ganzen Gebiete der inneren Gesetzgebung und Verwaltung die Selbständigkeit und Souveränität sämtlicher dermaligen Bundesstaaten ungefähr fortduerzt. — Auch ohne Rücksicht auf die Rechtsfrage würden wir in der Aufstellung dieser in der partikularen Selbständigkeit — (die übrigens freie Vereinbarungen nicht ausschließt) weit weniger ein Föderativ, als ein Hemmnis unserer nationalen Entwicklung und eine wesentliche Verabredung unseres geistigen politischen Lebens erbliden. Das unverkümmerte Gesetzgebungsrecht auf dem Gebiete innerer Verwaltung bildet aber nicht nur die Grundlage der konstitutionellen Verfassungen der deutschen Staaten, sondern die Bedingung des Fortbestandes der staatlichen Sonder-Existenz selbst. Dagegen werden nach unserer Auffassung im so ausgeschlagender alle Staatsfunktionen, durch welche politische Macht im Verkehr mit fremden Staaten entwickelt und betätigkt wird, also das ganze Vertriebsgewerbe Deutschlands und der diplomatische Verkehr, einer einheitlichen, im Namen aller deutschen Staaten zu führenden, — nicht sowohl die Machtstellung des Einzelnen, als das gemeinsame Wohl aller berücksichtigenden Leitung zu unterstellen sein. Und dabei wird der Grundzusammenhang angewandt werden müssen, daß alle Staatsfunktionen, deren Zentralregierung von dem allgemeinen Interesse einmal gefordert wird, auch ganz und mit Ausschließung aller Konkurrenz der Einzelstaaten in der Hand der Zentralregierung vereinigt werden müssen, welche die Leitung anheimgegeben wird. Während es sich ebenso von selbst versteht und unbedenklich auch von dem Herrn Grafen v. Bernstorff zugegeben wer-

den wird, daß dieser Zentralregierung und einer etwa neben ihr zu bildenden Vertretung gegenüber auch ohne Ausnahme alle Kammern in Betreff der einmal als gemeinsame Angelegenheiten anerkannten und dieser Zentralregierung unterworfenen Zweige keine konkurrende Kompetenz haben können. Wir glauben gerade, weil wir die Forderung der Zentralisierung auf das engste Gebiet beschränkt, wo nur noch gemeinsame Interessen, keine trennenden Gegensätze mehr Platz greifen, um so strenger sein zu müssen bei Aufstellung der Befugnisse und der Kompetenz der Institution, welche die Pflege dieses Gebiets zu gewiesen werden soll. Immerhin muß dieselbe eine einheitliche, persönliche und verantwortliche Regierung möglich machen, deren Exekutivewalt keine Hindernisse in der Organisation findet, damit sie einen politischen Gedanken mit der ganzen Kraft der Nation und allen Hülfsmitmitten der einzelnen Theile durchzuführen im Stande sei. Wie auch der Werth ist, den wir auf die Vertretung der Einzelregierungen in dem Verfassungsorganismus der Zentralregierung legen, — jede konföderative Mitwirkung in der obersten Spize, die Theilnahme eines nach Instruktionen beschließenden Kollegiums ohne die Kraft eines bestimmten Willens und ohne die Fähigkeit zur Verfolgung bestimmter Pläne muß ausgeschlossen bleiben. Beschränkt sich für die großherzogl. Regierung das dringendste Bedürfniß der Reform somit darauf, daß diejenigen Regierungsbefugnisse zentralisiert werden, welche mit der Verbreitung und Vertheidigung der Nation nach außen zu thun haben, so glauben wir doch nicht, daß damit der Kreis der Befugnisse der Zentralregierung absolut abgeschlossen sein sollte, wenn ein weiteres Bedürfniß sich zeigen würde. Allein unserer Ansicht nach würde es ratsam sein, die Zuweisung eines jeden weiteren Zweiges der bisher von den Einzelregierungen gehabten Funktionen von der freien, auf die Überzeugung der Zweckmäßigkeit begründeten Vereinbarung abhängig zu machen. Dadurch würde einerseits der Zentralinstitution jede wünschenswerthe Dehnbarkeit erhalten, andererseits die Einzelstaaten der Gefahr entzogen, wider ihren Willen und ihre Überzeugungen Funktionen der gemeinsamen Leitung überwiesen zu sehn, deren Erhaltung in unmittelbarer Verfügung ihnen werthvoll scheinen könnte. Von einer Auflösung des Bundesstages ist bei einer solchen naturgemäßen und bloß das Wohl des Ganzen ins Auge fassenden Reorganisation des Bundes in keiner Weise die Rede, und es würde der Charakter des Bundes als eines unauslöschlichen Vereins der deutschen Staaten dadurch keineswegs leiden, daß es einzelnen deutschen Bundesstaaten zur Zeit vielleicht schwer fallen könnte, sich einen solchen einheitlichen Zentralregierung unterzuordnen und ihr Verhältniß infolge eines privilegiert genannten Vertrages mühte, als denselben freigestellt bleibe.

Endlich heißt es: „Dagegen, daß Deutschland aus einem Zustande verhältnismäßiger politischer Schwäche zu einer Großmacht sich erhebe, und so die Mittel erlangte, übernommene Verbindlichkeiten in ausgedehntem Maße zu erfüllen, kann billigermaßen von Seiten der Staaten, welche dieser kräftigeren Organisation sich nicht anzuschließen vermögen, keine Beschwerde erhoben werden. Kein Bundesstaat hat nach unserer Meinung ein Recht, daß ihm die Erfüllung der im Bundesvertrag gegebenen Zusage in immer gleichförmiger Weise gestattet werde. Keiner hat aber auch ein Recht auf Fortbestand formeller Bestimmungen, die 1815 zum Wohle des Ganzen aufgenommen waren, wenn heute dasselbe Wohl eine Veränderung fordern sollte. — So lange wechselseitige Rechte und Pflichten geachtet werden, ist das Bundesverhältniß in seiner Unauslöschlichkeit bewahrt und gebessigte Bande, die wir unfeierlich nicht aufgeben möchten, erhalten.“

— [Der Kommunallandtag für die Kurmark und Niederaulich] hat vorgestern einstimmig beschlossen, gegen eine Entscheidung des Grafen Schwerin wegen der Akademie zu Brandenburg bei der Königs Majestät Verwahrung einzulegen. Der Minister hat bekanntlich erklärt, daß der Kommunallandtag nicht befugt gewesen, den Städten seines Bezirks Beiträge für jenes Institut aufzulegen.

— [Am 18. Februar suspendiert.] Der Pastor Hofmeier zu Straupitz ist (wegen verweigter Einführung der kirchlichen Gemeindeordnung) jetzt definitiv vom Amt suspendiert worden.

— [Die evangelischen Anstalten in Syrien.] Von Kaiserswerth ist im Januar wieder eine gedruckte Nachricht über die „Entwicklung der Diaconissenstationen in Syrien“ ausgegangen, die im Ganzen sehr erfreulich ist. Laut den neuesten noch ungedruckten Nachrichten sind in dem Waisenhaus zu Beyrut allein 95 Kinder (worunter 20 protestantische) aufgenommen, und trotz vieler Anfeindungen ist das Vertrauen der Bevölkerung zu den evangelischen Diaconissen im raschen Wachsen. Der Bericht schließt mit den Worten: „Es ist noch immer nicht abzusehen, wie das Glend der unglüdlichen, christlichen Bewohner des Libanon enden wird, und wann die noch immer zahlreichen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können. Wir müssen daher im Namen des treuen Hirten, den auch diese zerstreute und verschmachtete Heerde sammelt, die Freunde und Wohlthäter derselben von ganzem Herzen bitten, nicht müde zu werden im Wohlthtan. Namentlich auch, um unser Waisenhaus, das so lieblich Früchte verspricht, und bereits im Feuer der Ansehung bewahrt ist, zu erhalten, ist die fortwährende Liebe unerlässlich. Wie wir von tiefstem Herzen für alles bisher uns bewiesene Zutrauen danken, sind wir auch für die Zukunft der guten Zuversicht, daß unsre Freunde und Mitarbeiter das begonnene Werk nicht verlassen werden.“

Elberfeld, 20. Februar. [Städtisches.] In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde mit 18 gegen 10 Stimmen folgender Antrag angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle erklären, daß die Ausübung des Patronats über die hiesige städtische Realschule einschließlich des damit notwendig verbundenen Rechts der Wahl eines Direktors und sämtlicher Lehrer lediglich der Stadtverordnetenversammlung zustehe und demnach bei den höheren Behörden beantragen, daß ihr allein die Ausübung dieses Patronats überwiesen und die Wahl eines neuen Realschul-Direktors bis zur definitiven Regulirung dieser Angelegenheit ausgesetzt werde.“

Destreich. Wien, 19. Februar. [Destreich und die Würzburger.] Die Ansicht derjenigen, welche glauben, daß die neue Wendung in der deutschen Frage schließlich keinen andern Erfolg haben wird, als daß Alles wieder beim Alten bleibt, scheint keineswegs richtig zu sein. Vielmehr deutet Alles darauf hin, daß die in Rede stehende Angelegenheit bereits in ein zweites Stadium getreten ist, da die verbündeten Regierungen unmittelbar Hand ans Werk zu legen beginnen, um auf eigene Faust ihre Entwürfe in Ausführung zu bringen. Die Frage der Bundeureform steht dabei erst in zweiter Linie, da man dieselbe hier von allem Anfang an nicht als Zweck, sondern nur als Mittel betrachtet hatte, um die Verbürgung Gesamtdestreichs durch den Bund zu erlangen. Dessen Zweck haben denn auch die neuesten zwischen Destreich und den Unterzeichnern der identischen Noten schwedenden Verhandlungen. Man geht hierbei von der Basis des Art. 47 der Wiener Schlüsse aus, indem man daraus das Recht ableitet, sich über eine defensive Vereinigung in Hinblick auf praktisch sich ergebende Fälle zu verstündigen. Mit Sicherheit darf man darauf rechnen, daß schon in sehr naher Zeit, sei es nun durch eine in Berlin übergebene Note oder auf irgend einem anderen Wege, die Thatsache zur Veröffentlichung gelangen wird, daß sich Destreich mit den Unterzeichnern der identischen Noten über das „großdeutsche Vertheidigungssystem“ verständigt habe, dessen eigentlicher Kern aber darin besteht, daß sich die Kontrahenten gegenseitig den ungeschmälerten vollen Besitz, wie solcher in der Gegenwart ist (also den Gesamtstaat Destreich), ga-

rantiren; damit tritt aber die deutsche Frage allerdings in ein neues Stadium. (N. 3.)

— [Tagesnachrichten.] Der Redakteur des „Tempo“ in Triest wurde am 18. Februar verhaftet und das Blatt vorläufig suspendirt. — Der Kaiser hat gestattet, daß die Distrikte der Istrien und Kumanter, sowie der Haideren ihre Kreisversammlungen öffentlich abhalten. (Bekanntlich sind seit dem 5. November alle öffentlichen Versammlungen verboten. Bemerkenswerth ist bei dieser Nachricht, daß die bezeichneten Distrikte rein magyarische sind.) — Die „Militärzeitung“ meldet, daß der evangelische Garnisonsfeldprediger zu Verona, Konfessorialrat Dr. Taubner, Mitglied der ungarischen Akademie ic., nach Piemont entwichen sei, nicht, wie er angegeben, wegen einer Verfolgung, mit der er von dem katholischen Clerus bedroht gewesen wäre, sondern um sich von der Untersuchung wegen eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit zu entziehen.

Hannover, 20. Februar. [Auszeichnungen.] Unter den „Amtlichen Nachrichten“ befindet sich die Verleihung des Guelphenordens an den Professor Zacharia, welcher bekanntlich in der braunschweigischen Erbfolgesache eine Widerlegung der Bohlmann'schen Schrift kürzlich veröffentlicht hat; auch die Verleihung der hannoverschen goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft an den Dr. Otto Klopp den Lebensbeschreiber Friedrichs des Großen und Lilly's. Vom König von Bayern hat Herr Klopp ebenfalls schon in London eingetroffen. Dagegen ist es zweifelhafter als je, ob die Vereinigten Staaten von Amerika von dem Ihnen angewiesenen Raume Gebrauch machen werden. — Der Tarif für die Restaurateure ist nun auch festgesetzt, zum mindesten von Seiten des englischen Restaurationspächters. Er verpflichtet sich, die Portion kalten Braten mit Brot um 8 Pence zu liefern, kalten Braten mit warmem Gemüse, Salat, Brot, Käse und Bier für 1 Sh. 6 P. (15 Silberg.) Suppe, zwei Fleischspeisen, Hummersalat, Gemüse, Brot, Käse, Bier und Kaffee für 2 Sh. 6 P. (25 Silberg.), und ein regelrechtes Diner von drei Gängen, mit Entrées und Dessert für 5 Sh. (1 Thlr. 20 Gr.). natürlich ohne Wein. Sonst wird es jedem frei stehen, à la carte zu speisen und Dinners bis zu jedem Betrage zu bestellen und zu bezahlen. Die beiden Restaurants haben alle Hände voll mit Vorbereitungen zu thun und ihre Auslagen sind ungeheuer. Abgesehen von den Weinen, die sie einlegen, von den Tischen, Stühlen, Teppichen und Spiegeln, die sie anschaffen, hat der englische fürs erste folgende Bestellungen gemacht: 40,000 Teller, 2000 große Schüsseln, 3000 Suppenteller, 500 Suppenküppeln, 1000 plattierte Deckel für die Schüsseln, 2000 Flaschen, 20,000 Wassergläser, 10,000 Gläser für Xeres, 25,000 andere für Rheinweine, Champagner u. dgl., 5000 Thee- und 10,000 Kaffeekannen, 6000 Löffel, 7500 Messer und Gabel, 6000 Ellen Damast für Tischdecken, 22,000 Servietten, 300 Tische und 3000 Stühle nebst einer Unzahl anderer Notwendigkeiten. — Die Kommissionen haben ihrerseits ein Rundschreiben erlassen, in dem sie auseinandersehen, nach welchen Regeln die internationalen Juries zu bilden sind. Es bleibt bei dem im vorigen August gefaßten Beschlusse, daß es jeder auswärtigen Kommission freigestellt sein soll, ein Mitglied der Jury für jede Abteilung oder Unterabteilung zu ernennen, in welcher Stapelprodukte oder Stapelerzeugnisse ihres betreffenden Landes vertreten sind. Um jedoch einer widerprechenden Deutung des Ausdrucks „Stapelerzeugnis“ vorzubeugen, haben die Kommissionen beschlossen, daß Recht jeder auswärtigen Kommission dazin zu beschränken, daß sie für jede Klasse in der sich 20 Aussteller ihres Landes befinden, und für jede Unterabteilung, in der ihr Staat durch 15 Aussteller vertreten ist, je einen Geschworenen ernennen dürfen. Die in den Ausstellungen von 1851 und 1855 festgestellte Regel, daß mindestens die Hälfte der Geschworenen aus Bürgern jenes Landes, in dem die Ausstellung stattfindet, bestehen müsse, fällt diesmal ganz weg. Es ist durch die neuesten Erfahrungen übrigens schon so ziemlich bewiesen, daß das laufende Publikum sich weniger nach den Ausprüchen der Jury als diese nach dem Urtheil des Publikums richtet.

— [Tagesnotizen.] Die Flottenvoranschläge für 1862—63 liegen dem Parlamente vor. Der Gesamtbelag macht 11,794,305 Pf. St. oder 846,283 Pf. St. weniger als die Voranschläge des vergangenen Verwaltungsjahrs, die, nebst dem gestern bewilligten Nachtrag, sich auf 12,840,588 Pf. St. belaufen haben. — Eine Deputation der Handelskammer von Manchester, bestehend aus ihrem Präsidenten, 5 Direktoren und dem Sekretär, hatten vorgestern mit dem Handelsminister eine offizielle Besprechung über die Beziehungen Englands zum deutschen Zollverein. — Die „Times“ erklärt sich von Lord Clarendons Erklärungen über seine Gespräche mit Cavour (s. gestr. Ztg.) vollkommen befriedigt. Der „Herald“, der vorgestern auf Cavours Korrespondenz eine formelle Anklageakte gegen die Whigs zu gründen suchte, schweigt noch. Ebenso die „Post“, die, wie man sich erinnern wird, dem Grafen Glarendon ein Verdienst daraus macht, daß er schon 1856 wie Cavour gedacht und an italienischer Sympathie seine Kollegen überflügelt habe. — Die Beiträge für das Albertdenkmal hatten am Montag Abend die Summe von 32,779 Pf. St. erreicht. — Prinz Alfred wird im nächsten Monat in England zurückverarbeitet. — Die Unionskorvette „Tuscarora“, welche in Southampton so viel Lärm machte, ist am 12. d. zu Gibraltar angelommen und am folgenden Tage von dort in der Richtung von Algier abgefahren.

— [Die Presse über die deutsche Frage.] Mehrere der hiesigen Blätter besprechen die preußische Antwort auf die gleichlautenden Noten Destreichs und der Mittelstaaten. Diese Noten, meint der „Globe“, hätten viel mehr Ähnlichkeit mit einer Anklage, als mit einer freundschafflichen Vorstellung gehabt, und Preußens Erwiderung sei scharf, indem sie nachweise, wie radikal feindselig die Vorschläge der Begner in Allem seien, was eine Reform des deutschen Bundes begehrte. An eine gefährliche Entwicklung des papieren Kampfes glaubt der „Globe“ nicht. Weit entschiedener nimmt das „Morning Chronicle“ für Preußen Partei. Der österreichische Plan, bemerkt es, sei zu abstoßend, als daß er die Deutschen in Destreich verwandeln und sie bewegen könnte, sich jeder Hoffnung auf Freiheit und Nationalität zu entschlagen. Der „Morning Star“ sagt, Preußen hätte geradezu wahnsinnig sein müssen, um die Preußischen Vorschläge anzunehmen, und die Würzburger Note sei sowohl dem Inhalte als der Form nach sehr sonderbar. Wenn Deutschland auf die Bahn des politischen Fortschritts geleitet werden solle, so könne Destreich nimmermehr sein Führer sein. Dem „Advertiser“ erscheint die ganze Sache als viel Lärm um Nichts.

London, 21. Februar. [Teleg. r.] Weitere Berichte aus Newyork vom 8. d. melden, daß die Naval-Expedition unter General Burnside Pimlico Sound verlassen habe um nach der Insel Noanolo zu gehen.

Frankreich.

Paris, 19. Februar. [Zur deutschen Frage.] Die hiesigen Blätter beschäftigen sich mit der Bernstorffschen Note. Die „Débats“ machen auf den bitteren Ton der Polemik aufmerksam. Der „Tempo“ legt das Hauptgewicht auf die kurze und trockene Abweisung aller österreichischen Ansprüche bezüglich der Garantie seit äußerdeutschen Besitzungen. Die „Opinion nationale“ sagt am Schluß einer längeren Betrachtung über die deutschen Zustände: „Es herrschen innerhalb des Deutschen Bundes nichts als Rivalitäten.“

### Großbritannien und Irland.

London, 19. Februar. [Zur Ausstellung.] Den königlichen Ausstellungskommissaren ist die Anzeige zugegangen, daß sich in England ein Seitenausschuss gebildet habe, um italienische Kunstgegenstände für die Ausstellung zu sammeln. Vorsitzender derselben ist der Gesandte Marquis d'Azeglio, dem sich mehrere

ten, Eisensüchteleien, unversöhnlicher Hass und Ehrgeiz. Man könnte sagen, die konstitutionellen Elemente des Bundes seien der Art eingereicht, um sich gegenseitig zu bekämpfen und zu lähmen. Unordnung im Innern, Ohnmacht nach Außen, das ist das Ergebnis dieses zum Schutz der letzten Interessen der feudalen Berstückelung in Europa organisierten Systems. Verzweifeln wir jedoch nicht an unsrer Nachbaren, wir haben nur die kleinen Stürme der Oberfläche gezeigt; wenn man aber auf den Grund geht, so befindet man sich Angesichts des wahren Deutschlands, das wissen wird, aus dem von der Politik des göttlichen Rechts erzeugten Chaos die Einheit hervorgehen zu lassen. Das ist der Zweck, welchen der Nationalverein verfolgt, ein liberaler Verein, der wohl diesseits der Prinzipien einer radikalen Revolution bleibt, aber nichtsdestoweniger dem Lande unermessliche Dienste leistet."

[Tagesnotizen.] General Chamberlac, der in Rom unter General Goyon ein Kommando hat, soll in einer militärischen Mission nach Süd-Italien und selbst, wie es heißt, bis nach Sizilien gehen. — Nach den neuesten Nachrichten hat Herr v. Bourboulon, französischer Gesandter in China, freiwillig seinen Posten verlassen und geht von Peking über Sibirien nach Frankreich zurück. Als seinen Nachfolger bezeichnet man entweder Herrn v. Montigny, der früher schon Generalkonsul in Shanghai war, oder einen Divisionsgeneral. — Ostreich hat in England verschiedene Kriegsschiffe bestellt. — Herr Baubon, der Präsident der Gesellschaft St. Vincent de Paul, verlässt Paris, um sich längere Zeit in Belgien aufzuhalten. Seine Abreise soll eine gezwungene sein. — In Marokko soll ein Aufstand ausgebrochen, der den Aufständischen von dem Sultan entgegengeschickte General getötet und sein Heer geschlagen worden sein. Die Aufständischen geben vor, daß durch die Auszahlung der Kriegsentschädigung an die unglaublichen Spanier die Vorschriften des Korans verlegt worden seien.

[Zur Meutenkönvertirung.] Die Regierung scheint sich von dem Meutieren ihres Planes in der Provinz keinen allzu sicherem Erfolg zu versprechen. Das letzte Zirkular des Grafen Persigny gab dies schon andeutungsweise zu verstehen. Ein von der "Gazette de France" so eben veröffentlichtes Altenstück spricht für dieselbe Auffassung. Dasselbe lautet: "Parquet des kaiserlichen Prokurators in Grenoble (Isère). Die Regierung hat erfahren, daß in einer großen Anzahl Totalitäten die Notare und andere ministerielle Beamten bei ihren Klienten thätige Schritte thun, um sie zu bestimmen, ihre 4½ proc. Renten zu verkaufen. Sie schneinen sich zu diesem Verfahren, sei es durch die Absicht, Vollmachten auszustellen, oder durch die Hoffnung, die Vermittler neuer Placements zu werden, bewegen zu fühlen. Diese Demarchen können die vom gesetzgebenden Körper angenommenen Maßregeln nur in Misskredit bringen, und haben außerdem zum Resultat, die wenig aufgeklärten kleinen Rentiers von der Konversion zu entfernen und sie folglich der Vortheile zu berauben, welche ihnen diese Operation bieten kann. Ich gebe mich gern dem Gedanken hin, daß dieser Mißbrauch nicht allgemein ist, doch muß ich denjenigen Herren Notaren und ministeriellen Beamten, welche sich mit derartigen Geschäften befassen könnten, bemerken, daß dieselben den Pflichten ihres Standes zu wider sind, und daß ich eine sehr thätige Überwachung ausüben werde, um die Manöver, als deren Anstifter ich sie erkennen werde, zu vereiteln und im Nothfall durch Disziplinar-Maßregeln zu unterdrücken." Grenoble, 13. Februar. Der kaiserl. Prokurator. P. Haillacourt.

[Noth in den Fabrikdistrikten.] Die Nachrichten aus Lyon und St. Etienne lauten fortwährend sehr traurig. In mehreren Städten eilen von Lyon sind die Kaffeehäuser geschlossen, da die Herausstehenden von der Menge blässer und hungriger Leute nicht immer aufs Demütigste angebettelt wurden. 30,000 Arbeiter sind nur 3 Stunden des Tages beschäftigt, an 20,000 sind ganz arbeitslos. In Ville und Nouen soll es zu Ruhestörungen gekommen sein. Dem "Propagateur de Ville" zufolge wurden auf dem Mezzibureau (Bureau de mesurage) 2225 Stücke Stoffe von Tourcoing weniger präsentiert, als im Januar vorigen Jahres; in Roubair beträgt die Differenz zwischen beiden Epochen 9005 Stücke. Das hindert freilich nicht, daß der Senatadresse zufolge "die Prosperität Frankreichs nie größer war als jetzt, und daß das Volk laut Dankbarkeit sollt dem Chef einer Dynastie, welche aus der Wahl des Volkes hervorging". (B.H.)

Paris, 21. Februar. [Teleg.] Im heutigen "Moniteur" wird das Dekret vom 3. Mai 1859, welches Anwerbungen von Freiwilligen auf 2 Jahre ohne Prämie gestattet, erneuert.

### Niederlande.

Hag, 18. Februar. [Aus Ostindien.] Der Telegraph brachte heute Berichte aus Ostindien bis zum 14. Januar. Auf Java herrschte vollkommene Ruhe; auf Sumatra hat sich der Zustand aber nicht verbessert. Ein Oberst und vierzehn Männer wurden getötet, auch ist wieder ein Beamter ermordet worden. Bereits vor einigen Tagen ging die Nachricht ein, daß es dem Oberhaupt der Aufständischen, Antassari, durch die Feigheitlichkeit einiger Offiziere gelungen war, aus seinem Gefängnis zu entkommen, worüber man näheren Mitteilungen mit Spannung entgegenseht. (K. 3.)

### Italien.

Turin, 18. Febr. [Tagesnotizen.] Einige Journale hatten die Nachricht verbreitet, die in Urlaub befindlichen oder des Nachraths Offiziere hätten Befehl erhalten, sofort zu ihren respektiven Corps zurückzukehren. Es erweist sich jetzt, daß dies Gerücht, dessen Zweck leicht zu errathen ist, aller Begründung erlangt. — Garibaldi hat der Subskription zum Besten der Lyoner Arbeiter seine volle Zustimmung gegeben und sie aufs Wärmste empfohlen. — Eine in diesen Tagen hier erschienene Schrift unter dem Titel "Il Piemontesimo" schlägt vor, die Hauptstadt des Königreichs Italien nach Spoleto zu verlegen. — Zur Bewaffnung der Marinetruppen wurden in der Fabrik Roberts in Birmingham 10,000 Karabiner bestellt, die mit einem Säbelbayonnette versehen sind und 1200 Meter weit tragen. — Die gepanzerte schwimmende Batterie "Terrible" ist wieder nach la Seyne bei Toulon zurückgeschickt worden, um dort verschiedenen Aenderungen unterzogen zu werden. — Der König hat den herzoglichen Palast in Modena dem Kriegsministerium zur Errichtung einer großen Militärschule überwiesen. Eine in der nächsten Umgebung von Modena befindliche Villa soll zur königlichen Residenz eingerichtet werden, für den Fall, daß Victor Emanuel sich nach Modena begiebt. — Das permanente Militärlkomitee für die Vertheidigung des Staates hat vorgestern

unter dem Präsidium des Prinzen Humbert seine erste Sitzung gehalten. — Aus Neapel wird dem "Pop. d'Italia" gemeldet, daß die Briganti in jener Gegend neuerdings ihr Unwesen zu treiben anfangen.

[Nigra.] Der "A. 3." wird geschrieben, daß der König die Dimission des Komthur Nigra, Gesandten am französischen Hof angenommen hat. Derselbe hatte sie schon seit längerer Zeit eingereicht und konnte sich nicht entschließen, sie zurückzunehmen, wie man wünschte. Komthur Nigra zieht sich aus rein persönlichen fehlten Motiven zurück. Was noch unangenehmer bei diesen Verhältnissen sei, bemerkt der Korrespondent, auch Kaiser Napoleon wünschte sein Verbleiben, und würde es nicht gern sehen, wenn, wie man sage, Marchese Villamarina ihn ersegen sollte.

Neapel, 11. Febr. [Aus Torre del Greco.] Der Advokat Antonia Traversi hat an den Magistrat von Torre del Greco, der die den heimgesuchten Einwohnern von Franz II. übersandte Unterstützungssumme ausgeschlagen hat, folgendes Schreiben gerichtet: "Die Nachricht von dem großmuthigen Opfer, womit die Bürgerschaft von Torre del Greco die Gabe des Erkönigs Franz II. zurückwies, hat mich in meiner ländlichen Einsamkeit, wohin das Geräusch der Welt nur selten dringt, tief gerührt. Mögen Sie mir erlauben, Ihnen die gleiche Summe zu übersenden, welche mit solcher Großherzigkeit, die ganz der Geburtsstätte Bico's, Colletta's und Pepe's würdig ist, zurückgewiesen wurde; sie möge für jene Verunglückten ein Beweis meiner gerechten Bewunderung und aufrichtigen Liebe sein. Diese kleine Unterstützung ist wenigstens nicht die Ironie des Tyrannen, sie ist das Scherlein des Bruders, das rein ist von Thränen und Blut. Sonnazzaro (Comellina), den 9. Februar 1862. Adv. Giov. Antonia Traversi."

Rom, 10. Februar. [Fürstin Wolotski f.] Die Fürstin Zenaida Wolotski, geborene Fürstin Wloleska, Mutter des russischen Gesandten bei König Franz, ist gestorben. Sie war zur katholischen Religion übergetreten und hatte sich, um den Verfolgungen des Kaisers Nikolaus zu entgehen, der sie zur Verbannung nach Sibirien verurtheilt hatte, nach Rom geflüchtet, wo sie sich ganz den Werken der christlichen Barmherzigkeit widmete.

[Über das Attentat gegen Franz II.] schreibt der römische Korrespondent der "R. 3." Folgendes: "Der König von Neapel war am Mittwoch nach Palazzo Farnese gefahren, um Maurer, Tischler und andere Handwerker, die dort bauen und schaffen, zur Förderung der Arbeit aufzumuntern. Raum war er aufgestiegen, so drängten sich ihm drei Bummler nach, die vor dem Portal des Palastes zu lagern pflegen, konturten ihn aber nicht mehr erreichen, da der Thürhüter den Durchgang absperre. Die Leute hatten in ihrem Wege etwas Verdächtiges, das eine gewisse Anstrenglichkeit noch auffallender machte, und da sie sich bald entfernt, bald zurückkehrten, so wurden verkleidete Sbirren gerufen, die sie festnahmen. Bei dem einen fand man ein scharfes Stilet. Die drei Individuen sollen neapolitanische Bettler sein, die vor zwei Wochen herkamen. Sie behaupten, sie hätten nur ein Almosen vom König begehr."

[Legitimistische Proklamationen.] Der Malteser "Gueriero Cattolico" bringt zwei Adressen, die eine an den General Goyon, die zweite an die Legitimisten, in denen zum Kampfe gegen Italien aufgerufen wird. "Bereitet euch zum letzten Kampfe!" heißt es in dem Aufrufe an die Legitimisten, und in dem Aufrufe an den französischen Oberbefehlshaber, General Goyon in Rom, der bekanntlich von Gaeta aus den Januarorden erhielt, heißt es wörtlich: "Sie sind es, der die Glaubensarmee anführen muß."

### Spanien.

Madrid, 15. Febr. [Aus Mexiko; der "Sumter".] In Cadiz ist die Post aus der Havannah mit Nachrichten aus Vera-Cruz bis zum 15. Januar eingetroffen. Die drei verbündeten Streitkräfte haben, vom General Prim befehligt, Legirsa und Medellin ohne Widerstand besetzt. — Es heißt, der "Sumter" habe ein Schiff, das die amerikanische Flagge führte, aber eine Ladung Kohlen für Spanien an Bord hatte, in den Grund gehobt. Der Kommandant des Instruktionsgeschwaders hat in Folge hiervon einen Agenten nach Gibraltar geschickt, um eine Erklärung darüber von dem Kapitän des "Sumter" zu verlangen.

Madrid, 18. Febr. [Kleine Notizen.] Herr Mon ist heute Morgens angelkommen. — Im Kongreß hat der Minister des Innern den Gesetzentwurf über die Presse wieder eingebracht. — Die Regierung wurde ermächtigt, den Vertrag mit Marokko zu ratifizieren.

### Portugal.

Lissabon, 20. Febr. [Teleg.] Das Ministerium hat seine Dimission gegeben und ist Marquis de Souza mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. Einem Gesuch zufolge würde eine Vermehrung der Pairs und eine Modifikation der Charta stattfinden.

### Russland und Polen.

Petersburg, 15. Febr. [Statistik der Armee; Universitätsprojekt etc.] Der "Russische Invalide" enthält eine Reihe von Artikeln über die Statistik der Armee, welcher manche interessante Angabe zu entnehmen ist. Die Statistik reicht nur bis zum Jahre 1859, in welchem die reguläre Armee nach den Listen 357 Generale, 30,051 Offiziere und 850,225 Gemeine, dagegen wirklich präsent nur 334 Generale, 19,025 Offiziere und 698,354 Gemeine zählte. Die Armee war damals schon bedeutend reduziert (und jetzt ist sie es noch mehr), denn im Jahre 1856 hatte sie 440 Generale, 24,603 Offiziere und 974,556 Gemeine gezählt, wozu noch 6033 Offiziere und 369,098 Gemeine von der Volksbewaffnung kamen. Dabei ist die irreguläre Armee nicht mit einzurechnen, die 1859 23 Generale, 2794 Offiziere und 338,381 Gemeine zählte. Nebenhaupt betrug die Gesamtzahl der Armee 1856: 2,536,183 und 1859: 1,244,569 Mann!

Diese enormen Zahlen erklären allerdings sehr leicht die tiefe Erholung Russlands durch den letzten Krieg und die langsame Erholung (wenn man auch nicht vergessen darf, daß die Erhaltung der irregulären Armee sehr wenig kostet), aber am frappantesten und lehrreichsten sind die über die Volksbewaffnung mitgeteilten Zahlen. Von der obengenannten Zahl von mehr als 375,000 Mann sind nämlich nur 29 auf dem Schlachtfelde oder in Folge ihrer Wunden gestorben, an Krankheiten dagegen 24,000 und in den Hospitalen blieben bei Auflösung der Volkswehr nach Beendigung

des Krieges noch 36,000 Mann. Diese Zahlen beweisen unverkennbar, daß das ganze Aufgebot, wenn es überhaupt Nutzen gehabt, wenigstens keinen solchen hatte, der im entferntesten Vergleich mit den ungeheurem Opfern an Arbeitskräften und Menschenleben stände, die um von dem Gelde gar nicht zu reden, dem Lande aufgelegt wurden. Hätte der Krieg fortgedauert, so wären ohne Zweifel die tüchtigen Elemente der Miltiz dazu verwendet worden, die Lücken in der Armee auszufüllen. — Auf Anregung des Großfürsten Konstantin beschäftigt sich die Regierung mit dem Gedanken, in Nicolajeff eine Universität für die neuen russischen Provinzen zu errichten. Die Lage der Stadt ist allerdings günstig, aber hampisch spricht für das Projekt der Umstand, daß der militärische Charakter Nicolajeffs eine Garantie gegen die "Gefahren der großen Stadt" bietet, die man in Petersburg, Moskau und Kiew kennen gelernt hat. Man schwärmt bei dieser Gelegenheit für die ruhige Einsamkeit von Bonn, Heidelberg und Jena, eine Schwärmerie, die sich im Munde russischer Beamten komisch genug ausnimmt. — Eine recht liberale Maahregel ist die von dem Kaiser, das den Gelehrten, welche im Auftrage der geographischen Gesellschaft Reisen gemacht haben, die Zeit dieser Reisen als im Staatsdienst zugebracht angerechnet werden soll. (Schl. 3.)

Reval, 17. Febr. [Schiffbrand.] Nach 65 Stunden ist der Brand des Dampfers "Alexander II." gelöscht. Kajüte und Garnier sind ausgebrannt; der Kapitän reparirt den Schaden nothdürftig und wird dann die Reise forsetzen.

[Schulen in Polen.] Wie sehr vor allen Dingen dem Kaiser die bessere Ausbildung der Jugend am Herzen liegt, beweisen auch seine neuesten Anordnungen bezüglich der höheren Schulen in Polen, deren definitive Organisation noch bevorsteht. Vom 1. Februar d. J. an sind philologische Gymnasien eröffnet worden: in Warschau, Piotrkow, Radom, Lublin, Plock, Suwalki; höhere Realchulen in Warschau, Kalisch, Kielce; gelehrt Schulen in fünf Klassen: in Warschau (2), Siedlce, Pułtusk, Łomża, Pinczowa; desgleichen zu 4 Klassen: zu Warschau, Łowicz, Ława, Welum, Seradz, Sandomir, Grubieszow, Bialystok, Mława, Mariampol; Realschulen zu vier Klassen: zu Warschau (3), zu Petrikau, Broclawek, Łódź, Radom und Plock. In den Gymnasien sollen, nach dem Willen des Kaisers, die klassischen Sprachen und die alte Geschichte die Grundlage der Bildung der Jugend sein, die Realschulen sollen als Vorbereitung zu dem für das Königreich Polen beabsichtigten "Polytechnischen Institut" dienen.

### Sürek.

[Der Erzbischof von Samakov] in Bulgarien, ein Bruder des türkischen Geländen in Berlin, Aristarch Bey, ist im 56. Lebensjahr gestorben.

[Christenverfolgung.] Eint Berichten aus Konstantinopel vom 12. d. J., die über Marseille in Paris eintrafen, sind die in Tophane wohnenden christlichen Familien vertrieben worden.

### Afien.

Bombay, 27. Januar. [Adresse; Militärisches; Verurtheilung.] In Bombay wurde eine Beileidsadresse an die Königin Victoria erlassen. — Weitere acht Regimenter der Madrasarmee wurden aufgelöst. — Eine Nachkommne Lipp-Saabs wurde wegen Fälschung zu 7jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

### Amerika.

New York, 4. Febr. [Durchmarsch der Engländer durch Maine; Gefangene; General Scott.] Als Erwidern auf Anfragen der Legislatur des Staates Maine, erklärte Seward, er habe den nach Kanada beorderten britischen Truppen den Durchzug durch Maine gestattet, um ihnen die Winterstrapazen zu erleichtern. Keine, den Engländern feindliche Macht, bemerkte er weiter, werde über diese Höflichkeit eine Beschwerde erheben können. Gefährlich wäre sie nur dann gewesen, wenn England eine offene Feindseligkeit gegen die Bundesregierung beabsichtigt hätte. "Ich will mich nicht stellen, als wär's mir unbekannt, daß sich in Kanada sowohl wie in England neuester Zeit eine gewisse feindselige Stimmung gegen uns gezeigt hat; die englische Regierung aber hat der unsrigen gegenüber keine andere Sprache als die übliche der Freundschaft und Achtung geführt. Die Bundesregierung ihrerseits ist vollkommen offenherzig gewesen, und steht in die Verhältnisse der britischen Regierung das vollste Vertrauen. Es lag in unserer Politik, unsere Territorien zu bestreiten gegen eventuelle innere und äußere Feinde; doch waren wir bestissen, uns noch mehr dadurch zu kräftigen, daß wir uns in allen Dingen konsequent, skrupellos, gerecht und, wo es möglich war, auch edelmüthig anderen Nationen gegenüber zeigten." Zum Schluße bemerkte er, für den Fall, daß jene Instruktionen dem Staate Maine Veranlassung zu Beschwerden geben sollte, sei die Regierung bereit, sie zu modifizieren. — Auf Befehl des Präsidenten wurden alle auf südlichen Kaperschiffen gefangenen Mannschaften nach Fort Lafayette gebracht, wo sie von nun an als Kriegsgefangene behandelt werden sollen. — Der "New York Times" zufolge geht General Scott in einer Mission der Bundesregierung nach Meriko, wogegen andere wissen wollen, er begebe sich aus Gesundheitsrücksichten nach Key West.

New York, 6. Februar. [Neueste Nachrichten.] Der Staatssekretär des Schatzes kündigt an, daß alle Besitzer von Regierungsbonds ihre fälligen Kupons in barer Münze einlösen können. — Die Bill behufs Herstellung von 20 gepanzerten Dampfern ist vom Senat dem Flottenkomitee zur Modifizierung überwiesen worden. — In Georgien haben einflußreiche Personen eine Adresse an die Bevölkerung veröffentlicht, in der sie sagen, es sei Aufopferung und Standhaftigkeit aller Bürger nötig, um dem Angriff des Nordens zu widerstehen, da fürs Erste auf die Hilfe des Auslandes nicht zu rechnen sei. Deshalb solle jede Stadt und jedes Dorf, aus dem die Bewohner fliehen müssen, niedergebrannt werden, um dem Feinde das Vordringen zu erschweren. — Die Artikel der Londoner "Times", die sich für Nichtintervention aussprechen, haben hier einen guten Eindruck hervorgebracht, wogegen die gerüchteweise Proteste Frankreichs gegen die Blokade vielfach beunruhigt. — In Washington war eine Deputation aus dem Süden unter einer Waffenstillstandsflagge angekommen. Zu welchem Zwecke ist noch nicht bekannt. — Im Kongreß forderte Mr. Sumner die Vorlage der Korrespondenz in Betreff der Vorstellung amerikanischer Bürger am französischen Hofe. — Senator Bright ist aus dem Kongreß ausgestoßen worden.

## Bom Landtage.

### Haus der Abgeordneten.

— Die Abg. Neue (Salzwedel) und 55 Genossen aus allen liberalen Fraktionen beantragen (vergl. den Sitzungsbericht in der gestr. Itz.): Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, nachstehendem Gesetzentwurf, betreffend die Form der Eidesleistung, seine Zustimmung zu geben: Wir u. s. w. verordnen u. s. w. für den ganzen Umfang der Monarchie, was folgt: §. 1. Alle Eide werden in der Art geleistet, das derjenige, welcher den Eid abzunehmen hat, dem Schwörenen die mit den Worten: „Ich schwöre, daß“ beginnende Eidesnorm wörtlich vorhält und der Schwörende dann die Worte ausspricht: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ §. 2. Dem Schwörenen ist gestattet, diesen Worten die seinem Glaubensbekenntniß entsprechende Bekräftigung hinzuzufügen. §. 3. Alle dieser Verordnung entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen, welche für die Eidesleistung weitere Formlichkeiten vorschreiben, insbesondere die §§. 317, 318, 323 bis 367, Theil I. Tit. 10 der Allgemeinen Gerichtsordnung, werden aufgehoben. Motive: Alle Staatsbürger haben die gleiche Pflicht, in gewissen Fällen, namentlich als Zeugen oder Parteien in Prozessen, als Staatsbeamte, Soldaten, Geschworene, Abgeordnete, assertorische und promissoriale Eide zu leisten, und sie haben alle ein gleiches Recht darauf, daß sie nicht gezwungen werden, dies in einer ihrem religiösen Glauben widerstrebenden Weise zu thun. Es ist daher eine nothwendige Konsequenz der durch die Verfassung garantierten Religionsfreiheit und bürgerlicher Gleichberechtigung der Konfessionen, daß an die Stelle der jetzt geltenden konfessionellen Eidesformeln, die Bielen, besonders den Dissidenten und der großen Mehrzahl der Juden zur Gewissensbeschwerung gereichen, eine auf das Wesentliche sich beziehende obligatorische Eidesform gelegt werde, da ein Aufgeben des religiösen Eides nicht ratsam erscheint. — Das Bedürfniß zur Einführung einer solchen Eidesform ist schon in dem Patent, durch welches die Verfassung vom 5. Dezember 1848 publiziert wurde, anerkannt und zu dringend, als daß die Bekräftigung derselben der noch in ferner Aussicht stehenden neuen Zivil- und Strafprozeß-Ordnung vorbehalten werden könnte. — Als durchaus zweckmäßig hat sich die Form bewährt, in der — nun schon seit 12 Jahren — der Eid auf die Verfassung und der Eid der Geschworenen geleistet wird. Es wird deshalb deren Vereinigung vorgeschlagen. In der Haupthalle stimmt diese Form mit derjenigen überein, welche der im vorigen Jahr von der Regierung vorgelegte, von dem Abgeordnetenhaus in der Sitzung vom 6. April angenommene, jedoch vom Herrenhaus abgelehnte Gesetzentwurf für die Eide der Juden aufgestellt hatte. Die Abweichung besteht nur darin, daß nach dem obigen Vorschlag der Schwörende, wie bei den vorhin erwähnten Eiden, bloß die Bekräftigungsformel aussprechen soll, nachdem ihm die Eidesnorm wörtlich vorgelesen und ihr Inhalt vollkommen zum Bewußtsein gebracht ist. Dies wird einerseits zur Vereinfachung des Alters dienen und andererseits dafür, daß der Schwörende genau weiß, was er beschwört, mehr Sicherheit gewähren, als das bloße Nachprüfen der Eidesnorm, zumal wenn der den Eid erhebende Beamte seiner Pflicht gemäß die Vorhaltung des Eides mit den das richtige Verständnis sichernden Erläuterungen begleitet. Um dem konfessionellen Standpunkt der Schwörenden jede mögliche Rechnung zu tragen, bleibe ihm die Hinzufügung solcher Worte freigestellt, die eine demselben gemäß stärkere Bekräftigung enthalten. Die ausdrücklich für aufgehoben erklärtssen §§. der Allgemeinen Gerichtsordnung bestimmen die besonderen Formlichkeiten bei den Eidesleistungen der Juden, der nicht unitirten Griechen und der Musamedaner.

— Die gestern im Abgeordnetenhaus eingegangene Adresse aus Hessen ist ein Protest gegen jede Einschränkung des Hauses in das heilige Recht des Landesfürsten. Unterzeichnet ist dieselbe von dem provisorischen Vorstande des Hessenvereins in Engelbach, nämlich dem vormaligen Minister Scheffer, Kammerherrn v. Butlar und dem Partikulier Wendel.

— In der Militärkommission sind als Referenten ernannt: v. Jordenbeck für die Novelle zum Gesetz vom 3. Septbr. 1814, v. Baert für den Stat. Schubert für den Gelegenheitswurf wegen des 25 Prozent-Zuschlags. — Der Gelegenheitswurf wegen der Anlagebefugniß des Verleihen im Strafverfahren ist von der betr. Kommission des Hauses der Abgeordneten vollständig durchberaten; die Anträge der Kommission sind nur eventuelle; Referent ist Abg. v. Rönne (Glogau).

## Volkales und Provinzielles.

R. POSEN, 22. Febr. [Gegen die Hausschettelei.] Wir haben wiederholt eines Vereins erwähnt, der sich hier zu bilden im Begriffe steht und dessen Tätigkeit namentlich dahin gehen soll, die eben so lästige als unter Umständen gefährliche Bettelreihe in den Häusern unserer Stadt zu beseitigen. Das provvisorische Komitee hat ein vorläufiges Statut entworfen, dem wir folgendes in der Hoffnung entnehmen, auch dadurch etwas zum möglichst baldigen Inslebentreten des bereiteten, so überaus zweckmäßigen Vereins beitragen zu können. Es heißt in dem Statut:

Der Verein bezweckt, die Bettelreihe in der Stadt Posen dadurch zu beseitigen, daß die Mitglieder derselben, statt die Bettler einzeln zu beschicken, feste monatliche Beiträge zahlen, aus deren Ertrage die wahrhaft Bedürftigen eine Unterstützung am 1. und 15. jedes Monats erhalten. Mitglied des Vereins ist Jeder, welcher einen regelmäßigen monatlichen Beitrag zahlt. Die Wirksamkeit des Vereins wird ausgeübt durch einen auf 1 Jahr gewählten Vorstand.

Derselbe besteht aus einem Vorsitzenden (zugleich Schriftführer), einem Kendanten (zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden), und 6 Beisitzer (Bezirksdeputirten), denen die Ermittlung der Hülfsbedürftigkeit der Armen und die Bertheilung der Gaben obliegt. Bis zum Januar k. z., wo eine Generalversammlung stattfinden soll, bleibt das Komitee, das den Verein ins Leben gerufen, in Funktion. Dasselbe legt alsdann der Generalversammlung Rechnung ab, und es wird dann zur Wahl des neuen Vorstandes geschritten. Der Vorsitzende oder im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter, beruft den Vorstand, so oft es ihm nötig erscheint, zur Konferenz. Jährlich wird mindestens eine Generalversammlung der Vereinsmitglieder abgehalten. Zu den Befugnissen derselben gehören die Wahl des Vorstandes, Abnahme der Jahresrechnung und die Änderung der Statuten, resp. Formirung zweckentsprechender Anträge.

Jedes Vereinsmitglied übernimmt die Verpflichtung, an Bettler keine Almosen zu verabreichen, sondern jeden Unterstützungsbedürftigen an den Vereinsvorstand, zunächst an den betr. Bezirksdeputirten, zu weisen, welcher über die Würdigkeit und Bedürftigkeit derselben zu entscheiden hat. Alle Auswärtigen, welche Unterstützung begehrn, namentlich die Handwerksburschen, sind an die Ortsarmenkasse zu weisen, durch welche wirklich Bedürftige die gesetzliche Unterstützung erhalten werden. Die Vereins-Mitgliedschaft wird durch ein blechernes Läselchen kennbar gemacht, auf welchem steht: „Verein gegen die Hausschettelei“ („Związek przeciwko zebrastwo“). Diese Läsel wird jedem Mitgliede übergeben. Der Vorstand entscheidet darüber, wer als Pflegling des Vereins aufzunehmen sei, und setzt Höhe und Dauer der Unterstützung fest. Er hat auch die Verpflichtung, sich mit den übrigen Wohlthätigkeitsvereinen und den milden Stiftungen der Stadt, insbesondere mit der städtischen Armendepuration in geeignete Verbindung zu setzen, um dadurch eine richtige Würdigung der Bedürftigkeit und ein gezeugtes Wirken zu erzielen. Verwaltungskosten (Botenlohn, Anschaffung der Läselchen &c.) werden aus der Vereinskasse bestritten. Der Vorstand verwaltet sein Amt selbstverständlich unentgeltlich.“

† Koźmin, 21. Februar. [Seminarbau.] Ein evangelisches Schullehrer-Seminar für den südlichen Theil der Provinz ist ein seit Jahren tief geführtes Bedürfniß, und der Aufschub der Einrichtung derselben hat für unsere Provinz zur Folge gehabt, daß trotz der eingerichteten Hülfsseminare der Mangel an evangelischen Lehrern allgemein bemerklich wurde, während in Bezug auf die

katholischen Lehrer dies nicht gesagt werden konnte, weil zwei Institute sich fortgesetzt mit der Ausbildung von Schulamtskandidaten beschäftigen und noch eine dritte in Cracow eingerichtet wird, von der freilich von mancher Seite behauptet wird, sie wäre überflüssig. Schon 1855 war das hiesige Schloß für den Ausbau zu einem Schullehrer-Seminar angekauft worden, aber die wiederholten Voranschläge verhinderten eine energische Inangriffnahme des Baues. 1859 endlich bewilligten die Kammer zum Ausbau 23,850 Thlr.; aber die politische Situation schob denselben in weite Ferne hinaus und gegenwärtig hätte man kaum Aussicht, den Bau beginnen zu sehen, da man sich nicht verfehlte, daß dringende Staatsbedürfnisse Befriedigung verlangen. Dennoch hat der Kultusminister durch Rek�히 vom 8. d. der l. Regierung in Posen 16,342 Thlr. überwiehen und die Inangriffnahme des Baues angeordnet. Dies bleibt Zeugnis davon, daß man an höchster Stelle der geistigen Hebung des Volks fortgeht ein wachsames Auge schaut und widerlegt einerseits die Behauptung, die Bedürfnisse für die Volksbildung müßten anderen Bedürfnissen nachstehen. Wir versagen uns die ferneren Schlüssefolgerungen; jedem Unbefangenen wird die erfreuliche Thatache genügen. Der Kaufpreis für das Schloß hat sich durch eine im Juni 1859 ausgeführte Finanzoperation auf 7508 Thlr. reduziert.

† Bromberg, 21. Febr. [Handelsgesetz; Einquartierungslast; Stadtverordnetenversammlung; Geuer.] Auf Einladung des Vorstandes des hiesigen „Kaufmännischen Vereins“ stand am Dienstag in Rio's Hotel eine Versammlung statt, die sehr zahlreich, auch von Nichtmitgliedern, namentlich Juristen, besucht war. Zweid der Zusammenkunft war ein Vortrag des Kreisrichter Klenz über das neue Handelsgesetz. Nachdem der Redner zunächst dieses neue Gesetz mit dem früheren verglichen, hob er die Lichtheiten des selben hervor und machte darauf aufmerksam, in welcher Weise es dem Handelsstande zur Wohlfahrt gereichen könne, unterließ aber auch nicht, darzuhun, wie dieses Gesetz für jeden Handel treibenden, der es nicht genau kenne, gefährlich wäre. In politischer Beziehung befähigte dieses Gesetz ebenfalls mehrfache Vortheile, es könnte wie das vor einigen Jahren erschienene allgemeine Wechselrecht wesentlich zur Vereinigung der deutschen Stämme beitragen helfen und ein fräftiges Bindemittel werden. Hierauf erklärte der Vortragende in einer leicht fühlbaren, verständlichen Weise alle Abtheilungen des Handelsgesetzes mit Ausnahme des für den hiesigen Handelsstand nicht wichtigen Seerechtes und mit bei-läufiger Verührung des Speditionsgeschäfts. Er ging sämmtliche Paragraphen durch und gab dazu erläuternde Beispiele. Um zu veranschaulichen, wie die Handelsregister bei Gericht zu führen seien, hatte er sechs Schemata angefertigt und ließ solche in der Versammlung zirkulieren. Der Vortrag dauerte fast zwei Stunden. Nach Beendigung derselben trat der Kreisrichter Klenz auf und teilte mit, wie seinerseits bereits Schritte geschehen wären, dem Handelsgerichte im hiesigen, allerdings sehr beschränkten Kreisgerichtsgebäude die erforderlichen Raumlichkeiten zu verschaffen. Die Angelegenheit läge gegenwärtig dem Justizminister zur Genehmigung vor. Zur Führung der Handelsregister sei Dr. Klenz allein bestellt, der vorläufig vom 1. März d. J. ab jeden Dienstag und Freitag in den üblichen Dienststunden die Eintragung der erscheinenden Kaufleute veranstalten würde. Streitige Fälle werden von zwei Richtern und drei Kausleuten, welche Letzteren durch Wahl aus dem hiesigen Handelsstande Litr. A. hervorgehen, entschieden. Den Rednern wurde am Schluß ihrer interessanten Mittheilungen von dem Vorsitzenden des „Kaufmännischen Vereins“, Kaufmann Wulff, Namens der Versammlung gedankt, bei welcher Gelegenheit sich dieselbe zum Zeichen der Anerkennung erhob. — Zur Befreiung über die Einquartierungslast stand am Mittwoch auf Veranlassung des hiesigen Kaufmanns Jarodzki eine Versammlung der Hausbesitzer in Tonischen Lokale statt, die zahlreich besucht war. Der frühere Servikassen-Rendant Limm von hier teilte in einem längeren Berichte mit, daß Seitens des Magistrats und der Stadtverordneten im Laufe der Zeit allerdings Manches geschehen sei, diese Last zu mildern und dadurch die Lage der Hausbesitzer in dieser Beziehung zu verbessern, nichtsdestoweniger hätten diese namentlich durch den Umstand, daß der Zuschuß zu den Einquartierungsgeldern von ihnen allein aufzubringen sei, noch immer vielfache Ursache zur Unzufriedenheit. Der erwähnte Zuschuß müsse, wie das auch bereits in den Städten Danzig, Stettin u. geschicht, als eine allgemeine Kommunallast angesehen und von sämtlichen Stadtbewohnern gemeinschaftlich getragen werden. Es wurde beschlossen, dieterthalb bei dem hiesigen Magistrat zu petitionieren. Die bereits ausgearbeitete Petition wurde vorgelesen und von den anwesenden Hausbesitzern bereitwillig unterschrieben. — In der geschildrigen Stadtverordnetenversammlung las der Vorsitzende eine Ministerialverfügung vor, in der mitgetheilt wurde, daß Se. Maj. der König in Folge des Beschlusses des 12. Provinziallandtages Veranlassung genommen habe, die Zwangslyst der Immobilien-Feuerversicherung in der Provinz Posen aufzuheben. Diese Bestimmung tritt indes nicht früher in Kraft, bis ein neues Reglement für unsere Provinzial-Feuerpolizei entworfen worden, wozu die nötigen Vorlehrungen bereits getroffen sind. — Da die Zahl der Katholiken in der hiesigen Realsschule eine sehr geringe ist, so mache der Magistrat den katholischen Religionsunterricht, der von einem Vikar ertheilt wird, bei Belästigung der ausgesetzten Remuneration von 8 Stunden auf 6 Stunden wöchentlich zu beschränken. Die Versammlung ging jedoch hierauf nicht ein und verlangte nach wie vor die Ertheilung von 8 Religionstunden wöchentlich. — In geheimer Sitzung hat die Versammlung, wie verlautet, den Antrag des Magistrats, zur Bezeichnung des Herrenhauses einem Deputirten die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen, abgelehnt. — In verflossener Nacht wurde unsere Einwohnerchaft durch Feuerlärm erschreckt. Es brannte auf der Posener Straße ein Hintergebäude des Baumeisters Quassowski nied.

## Bermischtes.

\* [Über die Überschwemmung in Ungarn] liegt dem „Pesther Lloyd“ jetzt der offizielle Bericht der von dem Statthalter zu diesem Behufe entsandten Kommission vor. Darnach ist das Donau-Ufer unterhalb Pesth nirgends überschwemmt. Oberhalb Pesths aber ist die Inundation von Apostag bis Buda-Földvar wahrhaft unabsehbar. Wegen des kompakten Eisens konnte die Kommission nicht ganz bis Földvar vordringen. Nieder- und Maschinenschiffe mußten mit vollster Kraftanstrengung die treibenden Schollen zerbrechen. Das Elend der überschwemmten Dörfern ist unbeschreiblich groß. Im Pesther Komitate stehen 11, im Tolnaer 3 Dörfern vollständig unter Wasser. Namentlich hat die erzbischöfliche Stadt Kalocsa, in deren Nachbarschaft der Schutzdam in einer Breite von 300 Klaistern vom Hochwasser durchgerissen worden ist, ungeheuer gelitten. Hülfe kann ihr nur von der Donau her gebracht werden, da sie auf der Landseite bis auf 2 Stunden Weges mit Wasser umgeben ist. Nur wenige Häuser sollen dort vom Wasser frei, und von den überschwemmten die meisten bereits eingestürzt sein. In Palo stehen 300 Häuser unter Wasser, von denen die Hälfte ebenfalls bereits eingestürzt ist. Demungeachtet hat der Ort 1000 Flüchtlinge aus den umliegenden Flecken aufgenommen und mehr als die Zahl der Bürgler sich ständig. Hilfeleistung und Rettung werden dadurch oft bis zur Unmöglichkeit erschwert, daß sich bei der anhaltenden Kälte von 6—7 Grad eine Eiskruste gebildet hat, die nicht stark genug ist, um auch nur einen Fußgänger zu tragen, während das Treiben doch sogar den Dampfer der Kommission zum Rückzuge zwang, da dessen Einführung zu befürchten stand. Es sollen demgemäß die zukünftig abgehenden Apprisionirungsdampfer stets mit mehreren größeren Kähnen versehen und ein Dutzend Matrosen nebst den nötigen Steuerleuten unter Leitung eines erfahrenen Kapitäns beordert werden, bis unmittelbar an die heimgesuchten Dörfer vorzudringen, wohin es dem nicht eingeschulten Schiffer oft selbst mit Lebensgefahr nicht möglich ist, zu gelangen. Für die Apprisionirung und Unterstützung der Überschwemmten im Pesther und Tolnaer Komitate ist ein Statthaltereirath zum königl. Kommissar ernannt worden, der sich auf dem Dampfer „Wien“ an Ort und Stelle begiebt; 20 Mann technischer Truppen machen unter dem Kommando eines Offiziers die Expedition mit. Auch in der Umgegend von Temeswar hat das Hochwasser große Verwüstungen angerichtet und sollen dort an 30 Menschenleben zu Grunde gegangen sein.

\* Der Badeort Teplich wird im nächsten Jahre sein 1100-jähriges Jubelfest feiern. Nach dem bereits entworfenen Programme soll das Fest durch zwei Tagen dauern und aus einem Fackelzug und einer Serenade am Vorabend, dann ein Festzug durch die Hauptstraßen, solennem Gottesdienste, einem Festkonzerte, dann der Enthüllung der Jubiläumsäule u. a. bestehen. Die Kosten sind im Programm mit 7000 fl. berechnet.

\* Der „Wiener Figaro“ fährt fort, Finanzprojekte zur Hebung des Defizits aufzustellen. In seiner neuesten Nummer schlägt er u. a. eine neue Verzehrungssteuer vor, deren Beitrag bei jedem Staatsbürger durch einen unter der Halsbinde verborgenen Apparat, den „Schluckometer“, der die Bewegungen des Kehlkopfes beim Schlucken zählt, zu berechnen wäre; ebenso eine Umfangsteuer, die mittelst eines „Speckometers“ um den Leib, und eine Luftsteuer, welche durch einen „Altmeter“, der den Verbrauch an Luft anzeigen, fixirt werden könnte. Diese Vorschläge sind durch Beispiele illustriert.

\* Schwerin. Eine in einigen Dörfern des Amtes Walzmühlen epidemisch auftretende Krankheit, die brandige Bräune, die einen bösartigen Charakter zeigt und unter Erwachsenen sowohl wie Kindern Opfer fordert, hat die Abdankung des hiesigen Kreisphysikus, Medizinalraths Stahl, nach dem Distrikte veranlaßt.

\* Hamburg. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, steht Hamburg ein seltener Besuch bevor, indem 1100 Mormonen aus den drei nordischen Reichen, größtentheils aber aus Dänemark, sich nächstens über Hamburg nach Utah begeben werden. Es sind unter ihnen sehr viele bemittelte Leute aus dem Bauernstande. — In der Nacht vom 16. auf den 17. ist die Insel Moorwarder überschwemmt worden. Mehrere Bewohner mußten ihre Wohnungen verlassen und sich in höher gelegene Häuser flüchten.

\* In einer der Vorstädte Nantes, Saint Martin, erwachte dieser Tage ein Scheintodter, welcher fast 60 Stunden in einer Leibhargie gelegen, in der Kirche Saint Laurent, als man eben seine Exequien beginn. Er schüttelte den Sarg so stark, daß die daneben stehenden Lichter fast umfielen. Sogleich sprengte man den Sargdeckel, und nachdem man den wieder zum Leben Erwachten in der Sakristei gepflegt, kam er wieder völlig zu sich und konnte von einem Arzte in einem Wagen nach Hause geleitet werden. Wer schildert die freudige Überraschung seiner Frau und seiner zwei Kinder? Das Journal „L'Esperance du Peuple“ bringt diesen Bericht.

\* Algier lag am 11. Februar unter einer Schneedecke, die an manchen Stellen 15—20 Centimeter dick war. Seit der Eroberung, 1830, blieb nur 6 Mal der Schnee in Algier liegen, namentlich in den Wintern 1839, 1844, 1859 und 1860.

\* Die „Nordische Biene“ meldet, daß Artillerieoberst Radostkowski auf einer Dienstreise im Ural ein neues Mineral entdeckt habe, das er zu Ehren des polnischen Gelehrten Wagh „Wagh“ benannt habe.

Als thatächlichen Beweis von der heilkraftigen Wirklichkeit der neuen Erfindung des vegetabilischen Kräuterhaarbalsams, *Esprit des cheveux* von Hutter & Comp. in Berlin, Niederrlage bei Herrmann Moegelin in Posen, Preßlauerstraße 9, lassen wir folgende verehrliche Sprecheln von geschätzter Hand sprechen:

Ew. Wohlgeboren! Seit geraumer Zeit ging mir mein Haar dergestalt aus, daß ich befürchtete, in Kurzem eine Perücke tragen zu müssen, damit ich die schon fahlen Stellen auf meinem Kopfe bedecken könnte. Diese Gewißheit war mir schrecklich; indeß nach Anwendung von 3 Flaschen à 1 Thlr. Ihres Kräuterhaarbalsams kommt es nicht dazu, sondern es sind alle fahlen Stellen wieder bewachsen. Ich bitte deshalb um nochmalige Überwendung von einer Flasche und zeichne

Paulinenan bei Oppeln, den 4. Januar 1862.

C. Wartenberg, Gutsbesitzer. Ew. Wohlgeboren! Was das günstige Resultat der Anwendung Ihres *Esprit de cheveux* anbetrifft, so ist dasselbe in kurzer Zeit höchst merkwürdig gewesen. Nicht allein, daß ich mein Kopfhaar, welches mit folge von Rheumatismus ausgegangen, wiederhergestellt, sondern dasselbe ist weit dichter und schöner geworden. Ich erfuhr Sie daher um schleunige Überwendung von 2 Flaschen à 1 Thlr., indem ich Ihnen meinen besten Dank sage.

Bremen, den 23. Januar 1862.

L. Magnola. Angelomene Fremde. Bom 21. Februar.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Fürst Radziwill aus Litauen, v. Moszezenksi aus Jeziorki, Graf Czapski und Komteff Czapala aus Bialowice.

BAZAR. Confinster v. Bülow aus Berlin, Probst Grodzki aus Dwinsk, die Gutsbesitzer Graf Poniatowski aus Wreschen, v. Bziewski, v. Kozietowski und Piotrowski aus Polen, v. Laczynski aus Koscielce, v. Szarejewski aus Boguszyn, v. Potocki aus Bendlow, v. Krafczyk aus Karlowo und v. Radomski aus Domnowo, Frau Gutsbesitzer v. Westersta aus Zernik und Bevollmächtigter Janowsky aus Wilna.

HOTEL DE PARIS. Probst Laskoff aus Jeżewo, Fräulein Piatkowska aus Winnagóra, die Gutsbesitzer v. Baranowski aus Gwiazdowo und v. Buchowski aus Pomarzanek.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Bruf aus Gumnau und Krämer aus Berlin, Rechnungsgral Siewert aus Schrimm, Oberförster Berger aus Grünwald, Kultalfur Heinrichs aus Rogasen, Buchhändler Lange aus Gniezno, Frau Grundbesitzer Clemens aus Mieszkow und Gutsbesitzer Rawocki aus Urbanie.

Bom 22. Februar.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer Bösch aus Petersdorf und v. d. Horst aus Jülfenfelde, die Kaufleute Heuer aus Breslau, Heilbronner aus Mainz und Holländer aus Hanau.



Von der bei **F. A. Brockhaus**  
in Leipzig erscheinenden  
zweiten völlig umgearbeiteten Auflage des  
kleineren Brockhaus'schen  
**Conversations - Lexicon**

ist soeben der erste Band (Heft 1-10) vollständig geworden, und in allen Buchhandlungen zu erhalten in **Posen** bei  
**Ernst Rehfeld, Markt 77.**  
Umfang: 4 Bände oder 40 Hefte à 5 Sgr.  
Monatlich 1-2 Hefte.

**Das Werk ist ein bewährtes  
Nachschlagebuch für den au-  
genblicklichen Gebrauch, ein  
wahres Universal-Lexicon,  
das, bis auf die neueste Zeit  
fortgeführt, jedermann drin-  
gend empfohlen werden kann.**

**Kirchen-Nachrichten für Posen.**

**Kreuzkirche.** Sonntag, 23. Februar Vorm.: Herr Oberprediger Klette. Nachm.: Herr Pastor Schönborn.

**Petrikirche.** 1) Petrigemeinde. Sonntag, 23. Febr. früh 9½ Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Goebel. Abends 6 Uhr: Herr Prediger Frank.

Mittwoch, 26. Febr. Abends 6 Uhr: Herr Prediger Frank.

2) Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 23. Febr. Vorm. 11 Uhr: Herr Konsistorialrath Garus (Abendmahl).

Freitag, 28. Febr. Abends 6 Uhr: Herr Konsistorialrath Garus.

**Garnisonkirche.** Sonntag, 23. Febr.: Herr Militär-Oberprediger Bork.

**Ev. luth. Gemeinde.** Sonntag, 23. Febr. Vorm.: Herr Pastor Böhringer. Nachm.: Derselbe.

**Familien-Nachrichten.**

Als Verlobte empfehlen sich:  
**Ernestine Iboralska**  
**Karl Lachmann.** Gnesen.

Die am 21. Februar d. J. glücklich erfolgte  
Enthüllung meiner geliebten Frau Auto-  
nie geb. Bielefeld von einer gesunden Tochter  
bedeutet mich ganz ergebenst anzuseigen.

**Posen**, den 22. Februar 1862.

**Zembisch**, Justizrat.

Am 20. d. M. entzog mir der Tod nach  
schweren Leiden in **Berlin** meinen theu-  
ren Mann, den Brauerbesitzer **August  
Borkert**, im fast vollendeten 55. Lebens-  
jahr. Dies zeigt statt beiderer Mel-  
dung aller Verwandten, Freunden und  
Bekannten tiefvertrübt an

**Emma Borkert.**

**Berlin**, den 21. Februar 1862.  
Die Beerdigung wird nach dem Eintragen  
der Leiche in **Posen** festgesetzt werden.

(**Verspätet.**)

Nach langem Leid verschied sanft am 20. d.  
Abends 10 Uhr mein vielgeliebter Sohn **Oskar  
Löwinthal** in einem Alter von 24 Jahren.

**Liebener Löwinthal.**

**Auswärtige Familien-Nachrichten.**  
Verlobungen. Berlin: Fräulein M. Simons  
mit dem Rittergutsbesitzer Albert Frech.

Verbindungen. Magdeburg: Fräulein Fleisch-  
mann mit dem Preuß. Leut. Meyrick.

Geburten. Ein Sohn dem Leut. v. Grimm  
in Schwed. d. O., Herrn Karl v. Hedemann in  
Northeim; eine Tochter dem Grafen v. Arcu zu  
Gr. Gorzub.

**Stadttheater in Posen.**

Sonntag, neu einstudirt: **Ebene Erde** und  
erster Stock, oder: **Das Glück mit seinen**

**Bauern.** Große Posse von Nestroy.

Der große Bau: „getheiltes Theater“ wird  
vom Herrn Theatralmaler Stützel geleitet.

Montag dasselbe.

Dienstag zum **Benefiz** des Kapellmeisters

Herrn **Chemin-Petit**: Zum ersten

Male: **Alfred, König von England.** Große

Oper in 3 Akten von **Chemin-Petit**.

**BAZAR.**

Sonnabend den 22. Februar 1862

Abends 7½ Uhr

**Concert,**

gegeben von

**Hans von Bülow,**  
königl. pr. Hofpianist.

Billets zu numerirten Sitz-  
plätzen à 1 Thlr., Balcon und  
Stehplätzen à 20 Sgr. sind in der  
Hof-Musikhandlung der Herren

**Ed. Bote & G. Bock** zu haben.

Kassenpreis 1 Thlr. 10 Sgr.

**Lambert's Salon.**

Sonntag den 23. Februar

**Salon-Concert**

bei festlicher Dekoration.

3. u. A.: Schattentanz aus Dinorah. Duv.  
fréjus. Melodische Ländlein. Signale für  
die musikalische Welt. Potpourri von Gungl.

Anfang 6 Uhr. Entrée à Person 2½ Sgr.

**F. Radeck.**

Mittwoch den 26. Februar:

**Dritte Sinfonie - Soirée**

im **Salon des BAZAR**.

Billets à 7½ Sgr. sind in der Buchhandlung  
des Herrn **Heine**, bei Herrn Coiffleur  
**Caspari** und im **Bazar** beim  
Portier zu haben.

Anfang 7½ Uhr. Kassenpreis 10 Sgr.

**Eberstein. Fritsche.**

Sonnabend den 22. Februar frische Wurst,  
wozu ergebenst einlade

**H. Klein**, Mühlstr. 3.

**Fonds- u. Aktienbörsse.**

Berlin, 21. Februar 1862.

**Eisenbahn-Aktien.**

Rheinische, do. Stamm-Pr. 4 93½ b3

Rhein.-Westf. 4 24½ b3

Amtl. Rotterd. 4 90½ b3

Berg. Märk. Lt. A. 4 105½ b3

do. Lt. B. 4 94 G

Berlin-Anhalt 4 136½ b3

Berlin-Hamburg 4 118 b3

Berl. Posto. Magd. 4 158 b3

Berl. Stettin 4 127 b3

Bresl. Schw. Seeb. 4 121 b3

Brieg. Reiche 4 63½ b3

Görl.-Grefeld 4 —

Görl.-Minden 2 168½-69½ b3

Görl.-Oderb. (Wilh.) 4 44 b3

do. Stamm-Pr. 4 87 G

do. do. 4 88 G

Szczecin-Zittauer 5 31 b3

Königsb. Hafen 4 130½ G

Magdeb. Halberst. 4 266 G

Magdeb. Wittenb. 4 442-45 b3

Magdeb. Wittenb. 4 117½ b3

Mecklenburger 4 54½-½ b3

Münster-Hammer 4 98½ G

Neustadt-Weltbahn 4 4½

Niederschl. Märk. 4 98½ G

Niederschl. Zweigb. 4 55 b3

do. Stamm-Pr. 4 —

Korb. Fr. Wilh. 5 60-59½ b3

Oberschl. Lt. A. u. C. 34 137½-½ b3

do. Litt. B. 3½ 121½ b3

Dest. Franz. Staat. 5 134 b3 u B

Oppeln-Tarnowiz 4 40-39½ b3

Pr. Wilh. (Steel-B.) 4 58 b3

**Bank- und Kredit-Aktien und  
Anteilscheine.**

Berl. Kassenverein 4 115½ G

Berl. Handels-Ges. 4 84 G

Braunsch. Bl. A. 4 78½ etw b3

Brem. do. 4 102½ B

Coburg. Kredit-do. 4 64½ G

Danzig. Priv. Bl. A. 4 97½ G

Darmstädler abgt. 4 81 G

do. Zettel. B. A. 4 98½ etw b3

Desauer Kredit-do. 4 7½-6½ b3

Desauer Landesb. 4 28½-½ b3

Do. Comm. Ant. 4 91½ G

Genfer Kred. Bl. A. 4 42½ b3

Ger. do. 4 78½ B

Gothaer Priv. do. 4 76 b3 u G

Hannoverische do. 4 95½ G

Königsb. Priv. do. 4 96½ G

Berlin-Anhalt 4 99½ G

Leipzig. Kredit-do. 4 70 b3

Luxemburger do. 4 95 etw b3

Magdeb. Priv. do. 4 88 B

Meining. Kred. do. 4 86½ Post b3

Moldau. Land. do. 4 23½ B

Norddeutsche do. 4 93 G

Dest. Kredit. do. 5 75-74½ b3 u G

Pomm. Ritt. do. 4 86½ b3

Pozna. Pr. do. 4 94½ G

Rostocker Bank-Alt. 4 122½ G

Schles. Bank-Verein 4 92 B

Thüring. Bank-Alt. 4 56½ etw b3

Bereinsbank. Hamb. 4 101½ B

Waaren-Kr. Ant. 5 —

In Paris und Wien hat die Kursbewegung plötzlich wieder die Richtung à la hausse eingeschlagen.

Breslau, 21. Februar. Sehr animierte Stimmung bei durchgehend höheren Kursen sämtlicher Spekulations-

papiere und bedeutendem Umlaufe.

Schlusskurse. Diskonto-Komm. Ant. —. Dest. Kredit. Bank-Aktien 74-74½-74½ b3 u. G. Dest. Fonds. Loope 5

1860 —. Polener Bank —. Schlesischer Bankverein 92 G. Breslau-Schweidnig-Breitbürger Alt. 121½ Br.

dito Prior. Oblig. 95½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. D. —. dito Prior. Oblig. Lit. E. —. dito Prior. Oblig. 94½ Br.

Neisse-Brieg 63½ G. d. Oberösterreich. Lit. A. u. C. 138½ Br. dito Lit. B. 122½ G. dito Prior. Oblig. 96 Br.

dito Prior. Oblig. Lit. F. 101½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 86½ Br. Oppeln-Tarnowiz 39½ Br. Rosel. Oderb.

43½ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior. Oblig. —.

**Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.**

Wien, Freitag 21. Februar. Mittags 12 Uhr 30 Min. lebhafte Geschäft.

5% Metalliques 71, 25. 4½% Metalliques 62, 00. Banffan 850. Nordbahn 215, 20. 1854er Loope —.

National-Antlehen 84, 60. St. Eisenb. Altien-Cert. 276,